

daß sich der Keim der Intoleranz, „als in scheußlicher Weise beharrlich“ erweise.

Im Zusammenhang mit der Begegnung mit israelischen Lehrern im vorigen Sommer und daher schon zeitlich völlig unabhängig von der Affäre Zind war der Gedanke entstanden, erzieherische Probleme in Israel und standespolitische Angelegenheiten der israelischen Lehrerschaft in der „Allgemeinen Deutschen Lehrer-Zeitung“ eingehender zur Darstellung zu bringen. Ob die Vergangenheit, wie Sir Ronald Gould gemeint hatte, wirklich hinter uns liege und ob man mit ihr ins Reine gekommen sei, war nämlich in einem nachfolgenden Gespräch zwischen deutschen und israelischen Lehrern in Frage gestellt worden. Dieser Umstand hatte die Zeitnug in der Überzeugung bestärkt, es dürfe mit einer bloßen Versicherung guten Willens nicht sein Bewenden haben. Die Lehrergewerkschaft trat sofort bei Bekanntwerden des Zind-Falles mit ihrem warnenden Protest vor die deutsche Öffentlichkeit, und ihr Organ hat nunmehr, rechtzeitig vor dem „Kongreß der Lehrer und Erzieher“ (München, Mai 1958) mit dem Motto „Erziehung entscheidet unser Schicksal“, aber auch in Verbindung mit dem 10jährigen Bestehen des Staates Israel, ihre Absicht ausgeführt, pädagogischen und Lehrerproblemen in Israel weiten Raum zu gewähren.

Der Generalsekretär der „Histadruth Hamorim“, der israelischen Lehrergewerkschaft, Shalom Levin, Tel Aviv, seit 1932 in Palästina ansässig, wirft, anlässlich der Herausgabe dieser Sondernummer in einem Brief an die deutsche Lehrergewerkschaft die wichtige und ernste Frage auf, ob es in einer „Welt von Wölfen“ für ein kleines und in alle Welt verstreutes Volk eine Hoffnung gebe. Levin erwartet, daß „die gemeinsamen Anstrengungen der Erzieher und Lehrer aller Völker zur Einrichtung einer Welt der Freiheit, des Rechtes und der Freundschaft hinführen“. Dr. Moshe Avidor, der Generaldirektor des israelischen Erziehungsministeriums, Tel Aviv, gibt einen Abriss vom Erziehungs- und Kulturwerk Israels in den ersten zehn Jahren seiner Staatlichkeit, während Efraim Ginsberg, Ramat Gan, ein aus Frankfurt a. M. stammender Lehrer, der in den Jahren 1922/37 an jüdischen Schulen in Hessen, Bonn, Borken i. W. und Zwickau (Sachsen) angestellt war, einen ausführlichen Überblick über die „Histadruth Hamorim“ beisteuert. Auch wird das Ergebnis der Wahl zur 20. Delegiertenversammlung dieser Gewerkschaft wiedergegeben. In die Sondernummer sind eingestreut – in hebräischer und deutscher Sprache – die Präambel zum Gesetz der staatlichen Erziehung in Israel aus dem Jahr 5713/1953 und ein verkleinertes Foto der Titelseite der wissenschaftlichen Zweimonatsschrift der israelischen Lehrergewerkschaft „Hachinuch“. Am Ende der Präambel heißt es, daß das Ziel der staatlichen Erziehung letztlich „auf das Hinstreben zu einer menschlichen Gesellschaft, auf Freiheit, Gleichheit und Humanität aufgebaut, sowie auf gegenseitige Hilfe und Liebe zum Mitmenschen“, ausgerichtet ist. Auch der Anhang („Aus den Ländern“, „Aus dem pädagogischen Leben“, „Kleine Chronik“, „Beiträge zur Diskussion“, „Literatur“) ist weitgehend auf den Problemkreis „Juden in Deutschland – Antisemitismus – Israel – Widerstand im „Dritten Reich““ abgestellt.

„Die Aktion der Deutschen Lehrergewerkschaft im Falle Zind, der für uns erschütternd und tief schmerzlich zugleich war, sowie die Initiative, die Sie, Dr. Bungardt und Ihre Kollegen, in der Widmung einer Sondernummer der Allgemeinen Deutschen Lehrer-Zeitung für die Erziehungsfragen in Israel entfalten, stärken uns in dem Glauben, daß die Tage des Schreckens und des unsagbar Fürchterlichen nicht mehr wiederkehren“. So schließt Shalom Levins Grußbotschaft an seinen deutschen Kollegen, den Redakteur der „Allgemeinen Deutschen Lehrer-Zeitung“.

E. G. L.

12/4) Ernennung eines Bischofs als Generalvikar des lateinischen Patriarchen von Jerusalem in Israel

Pater Piergiorgio Chiappero OFM wurde zum ersten römisch-katholischen Bischof in Israel ernannt. Er ist der General-

vikar des lateinischen Patriarchen von Jerusalem für Israel. (Die römisch-katholische Kirche wird im Nahen Osten lateinische Kirche genannt.) Die Diözese des lateinischen Patriarchen von Jerusalem umfaßt ganz Palästina, d. h. Israel, Jordanien und Cypern.

Es handelt sich nicht um die Ernennung eines diplomatischen Vertreters des Heiligen Stuhls, sondern um einen Generalvikar im Bischofsrang.

Msgr. Chiappero stammt aus Turin, trat 1931 in den Franziskanerorden ein und wurde 1940 zum Priester geweiht. In den letzten Jahren war er an der Custodia vom Heiligen Land in der (jordanischen) Altstadt von Jerusalem. Am 25. Oktober 1959 wurde er in der Bischofskirche von Turin zum Bischof geweiht und zum Generalvikar in Israel ernannt. Msgr. Chiappero ersetzt den bisherigen Patriarchal. Vikar Msgr. A. Vergani, der während seiner Krankheit zeitweilig durch Pater Dr. Hanna Kaldany O. P., den Präsidenten des lateinischen Kirchengerichts in Israel, vertreten wurde.

Durch Msgr. Chiapperos Ernennung gibt es jetzt in Israel drei christliche Würdenträger mit bischöflichem Rang, Georges Hakim, Erzbischof der griechisch-katholischen Kirche, Isidor, Metropolit der griechisch-orthodoxen Kirche und Msgr. Chiappero selbst.

Das vom israelischen Religionsministerium herausgegebene Bulletin „Christian News from Israel“ (X/3-4) vom Dezember 1959 p. 20) schreibt:

Am 15. Dezember 1959 traf seine Exzellenz, Msgr. Piergiorgio Chiappero OFM, Titularbischof von Cibyra, in Israel ein... Zu seiner Begrüßung im Hafen von Haifa waren u. a. der griechisch-katholische Erzbischof von Galiläa, der griechisch-orthodoxe Metropolit von Nazareth, Mitglieder des diplomatischen Corps in Haifa, Vertreter des Ministers für religiöse Angelegenheiten, der Distriktskommissar von Haifa, der Gouverneur von Galiläa eine außerordentlich große Zahl von Angehörigen der katholischen Gemeinde gekommen.

Msgr. Chiappero fuhr zunächst nach Deir-Rafat, um dort den lateinischen Patriarchen von Jerusalem zu treffen. Am 21. Dezember machte er Rabbiner Y. M. Toledano dem Minister für religiöse Angelegenheiten einen Antrittsbesuch. Im Laufe der Unterhaltung informierte der Minister den Bischof, daß man beschlossen habe, das franziskanische Kloster auf dem Berg Zion (ad Coenaculum) für die Custodia vom Heiligen Land wiederherzustellen. Der Bischof sah dies als einen hocherfreulichen Willkommensgruß an... Man sieht die Ernennung eines Bischofs zum Generalvikar in Israel als Anerkennung für die wachsende Wichtigkeit der lateinischen Gemeinde dieses Landes an, die von etwa 4000 im Jahre 1948 kürzlich auf eine Zahl von 10 000 angewachsen ist.

12/5) Die Wahlen in Israel

Die Bevölkerung Israels wählte am 3. 11. 1959 ihr neues Parlament, die 4. Knesseth. Wir entnehmen dazu der Herder-Korrespondenz (XIV/5) vom Februar 1960, S. 224 f, mit freundlichem Einverständnis der Schriftleitung, folgenden Bericht:

Der Ausgang der Wahlen brachte einen erheblichen Stimmenzuwachs für die bisherige Regierungspartei MAPAI. Der Anteil der MAPAI an den Wählerstimmen erhöhte sich von 32,2 auf 38,5 Prozent. In Israel wird dieser Stimmenzuwachs als eindeutiger Wahlsieg der Partei des Ministerpräsidenten Ben Gurion angesehen.

Die Wahlen wurden von der israelischen Öffentlichkeit vor allem als ein Machtkampf zwischen der rechtsradikalen Cheruth-Partei und der MAPAI betrachtet. Die Cheruth hatte bei den Wahlen zur 3. Knesseth 12,6 Prozent der Stimmen erhalten und war somit die zweitstärkste Partei im Lande. Die rechtsstehende bürgerliche Partei der „Allgemeinen Zionisten“, die der Cheruth sehr nahestand, hatte bei den Wahlen zur 3. Knesseth 10,2 Prozent erreicht, so daß die Aussichten der Cheruth keineswegs ungünstig schienen. So wurde es denn als eine schwere Niederlage gewertet, daß die Cheruth nur 13,4 Prozent der Wählerstimmen erhielt. Die Cheruth hat damit vermutlich ihre größte Aus-

breitungsmöglichkeit erreicht. Die der Cheruth nahestehenden „Allgemeinen Zionisten“ erhielten nur noch 6,3 Prozent. Offensichtlich wurde der größte Teil der Stimmen an die MAPAI verloren.

Der Wahlsieg der MAPAI wurde zweifellos durch den Wunsch breiter Bevölkerungskreise nach einer politischen Stabilisierung herbeigeführt. An den Wahlen nahmen ca. 70 000 Erstwähler und etwa die gleiche Zahl neuer Einwanderer teil.

Die Kommunisten verloren fast die Hälfte ihrer Stimmen (2,8 %, vorher 4,5). Dies wird auf die außenpolitische Situation zurückgeführt. Man nimmt an, daß diese Stimmen den Linksparteien zugute kamen, welche wiederum Stimmen an die MAPAI verloren haben. Die linksextremistische Achuda Haawodah verlor ein Viertel ihrer Wähler (5,9 Prozent; vorher 8,2). Die linksradikale MAPAM hat mit 7,1 Prozent ihren Wählerstamm, der sich vorwiegend aus Mitgliedern der landwirtschaftlichen Kooperativen und Facharbeitern zusammensetzt, halten können.

Zwölf Parteilisten erhielten weniger als ein Prozent, werden also im neuen Parlament, in dessen Sitze sich zehn Parteien teilen, nicht vertreten sein. Die „neuen“ Parteien, die sich speziell an die orientalischen Juden wandten, wie etwa die „Nordafrikanische Union“ oder die Yemenitische Fraktion“, hatten keinen Erfolg. Auch die Liste der „Invaliden und Feuergeschädigten“ fand nur 1800 Wähler.

Die religiösen Parteien konnten ihre Positionen geringfügig verbessern. Die Nationalreligiöse Partei, in der die bürgerlich-orthodoxe Misrahi-Partei und die orthodoxe Misrahi-Arbeiterpartei vereinigt sind, erreichte einen Stimmenanteil von 9,9 Prozent (vorher 9,1), die ultraorthodoxe Agudath-Jisrael und die ihr angeschlossene Arbeiterpartei erhielten 4,7 Prozent (vorher 4,4).

Obgleich die MAPAI gestärkt aus den Wahlen hervorging, gestalteten sich die Koalitionsverhandlungen äußerst schwierig, so daß die neue Regierung unter der Führung des bisherigen Ministerpräsidenten Ben-Gurion erst im Dezember gebildet werden konnte.

12/6) Grundsatz-Erklärungen der neuen Israel-Regierung

Den vom israelischen Religionsministerium in Jerusalem veröffentlichten „Christian News from Israel“ (X/3—4 vom Dezember 1959 p. 21 sq) entnehmen wir die folgenden ins Deutsche übertragenen Abschnitte:

Am 16. Dezember 1959 stellte der Ministerpräsident Ben Gurion der Knesseth sein neues Fünf-Parteien-Kabinett vor. Rabbiner Y. M. Toledano blieb Minister für religiöse Angelegenheiten, während M. Shapiro das Innenministerium übernimmt. Am selben Abend erfolgte eine Grundsatzerklärung der neuen Regierung, die dem Parlament vorgelegt und von diesem angenommen wurde.

Die folgenden Paragraphen beziehen sich auf die „Religion im Staate“:

60. Die Periode der Sammlung der Verstreuten hat in ihrem Heimatlande jüdische Gruppen zusammengeführt, die seit Jahrhunderten unter dem Einfluß sehr verschiedener Kulturen und Umgebungen lebten und die in ihren Ansichten und Auffassungen geteilt sind sowie sich in ihren Gebräuchen und Sitten unterscheiden. Zur Vereinigung der Nation und zum Aufbau eines normalen nationalen Lebens ist es notwendig, in Israel gegenseitige Toleranz und Freiheit des Gewissens und der Religion zu pflegen und zu erhalten.

61. Die Regierung will religiösen und antireligiösen Zwang, von welcher Seite er immer kommen mag, verhindern und sicherstellen, daß öffentliche religiöse Bedürfnisse durch staatliche Mittel gesichert sind; sie wird Freiheit der Religion und des Gewissens für alle nichtjüdischen Gemeinden in Israel erhalten und dafür sorgen, daß ihre religiösen Bedürfnisse auf Kosten des Staates befriedigt werden, sie wird für die religiöse Erziehung aller Kinder Sorge tragen, soweit es deren Eltern wünschen.

61. Die Regierung wird den status quo im Staat in Angelegenheiten der Religion erhalten.

Die folgenden Paragraphen beziehen sich auf die Minderheiten:

75. Die erzieherischen, gesundheitlichen, der Erziehung dienenden, sozialen und anderen vom Staat zur Verfügung gestellten Einrichtungen, die örtlichen Schulen sollen allen Einwohnern ohne Unterschied der Gemeinde und der Religion zur Verfügung stehen.

76. Wo noch keine Gemeindebehörde errichtet ist, sind die Bürger am Ort aufgefordert, nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen zur Aufrechterhaltung der kommunalen Einrichtungen beizutragen.

77. Die Regierung wird ihre Unterstützung für moslemische, christliche und drusische Dörfer beim Bau von Zugangsstraßen vermehren; die Dörfer sollen an das Elektrizitätsnetz angeschlossen werden.

79. Die Regierung wird die kooperative Bewegung in moslemischen, christlichen und drusischen Städten und Dörfern fördern, sowie Maßnahmen ergreifen, um ihren kulturellen, bildungsmäßigen, und sozialen Standard zu verbessern. Sie wird in allen Orten Lokalbehörden auf der Grundlage demokratischer Wahlen einsetzen.

80. Araber sollen weiterhin Unterricht in arabischer Sprache erhalten, sowie obligatorisch in Hebräisch. Arabische Bürger in Israel haben weiter das Recht, die arabische Sprache in Regierungsstellen, bei Behörden und im Parlament zu gebrauchen.

81. Die staatlichen Einrichtungen für höheres Bildungswesen werden weiterhin allen Bürgern ohne Unterschied der Religion, Nationalität und des Geschlechts offenstehen. Befähigte arabische und drusische Schüler von Volks- und Mittelschulen sollen, wenn sich ihre Eltern eine Fortsetzung der Erziehung nicht leisten können, Stipendien auf derselben Grundlage wie jüdische Schüler erhalten.

82. Gemeinderäte sollen in Dörfern, wo es diese bisher noch nicht gab, beschleunigt gewählt werden.

83. Vollständige Gleichheit von Rechten und Pflichten soll allen Bürgern von Israel zukommen.

12/7 Weihnachten im Heiligen Lande

„Jedioth Chadashot“ (die in Israel erscheinende deutschsprachige Tageszeitung) schreibt vom 25. 12. 1959:

Über 2000 römisch-katholische und protestantische Christen, darunter etwa hundert amerikanische Staatsbürger, begaben sich am Vormittag des 24. Dezember durch das Mandelbaumtor in den jordanischen Teil der Heiligen Stadt und von dort nach Bethlehem, an den Geburtsort des Stifters ihrer Religion, um dort die Weihnachtsfeiern zu begehen. Bei dem strahlend sonnigen Winterwetter wickelte sich der „kleine Grenzverkehr“ dieses Jahr besonders schnell und reibungslos ab, und die Zusammenarbeit der israelischen und jordanischen Zivil- und Polizeibeamten funktionierte recht gut. Auf beiden Seiten waren Zelte aufgestellt, wo die Formalitäten nach Herkunftsort geordnet erledigt wurden. Nicht selten konnte man ein altes christliches Mütterchen sehen, wie es von einem martialisch wirkenden moslemischen Legionär mit Pickelhaube behutsam am Grenzstacheldrahtzaun entlang auf die jordanische Seite hinüber geleitet wurde, während ein nicht weniger strammer israelischer Militärpolizist ihr brav ihre altmodische große Tasche (wohl mit Geschenken für Enkel und Urenkel) ins „Feindesland“ hinübertrug. Innenminister M. Ch. Shapiro überzeugte sich persönlich von der glatten Abwicklung der Grenzpassage und fand den Distriktsrepräsentanten Jeshaja und dessen Assistenten R. Levy in freundschaftlichem Gespräch mit dem jordanischen Repräsentanten N. Nashashibi, der sich aber beim Herannahen des Ministers in seinen Staat zurückzog...

Die Jordanier, die schon vorher etwa zweihundert von Israel genehmigten Pilgern den Eintritt verweigert hatten, wiesen noch plötzlich etwa ein Dutzend zurück, und es kam zu herzerreißenden Szenen, da deren Verwandten auf der anderen Seite sichtbar auf sie warteten, aber nicht einmal ein Wort